

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kauer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die vierreihige Spalte ober deren Raum 60 Pfg.
Bergnütigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Bersammlungsanzeigen 15 Pfg.

Innere Verbandspolitik.

Der Krieg hat, wie auf so vielen anderen Gebieten, so auch auf dem Warenmarkt revolutionierend gewirkt. Die Preise für alle Waren sind gewaltig im Preise gestiegen. Zum Teil hängt diese Teuerung mit der Entwertung der deutschen Mark auf dem internationalen Geldmarkt zusammen. Das Wertverhältnis zwischen deutschem und fremdländischem Geld hat sich zu Ungunsten der deutschen Währung stark verschoben. Die Hoffnung, daß auf diesem Gebiete nach dem Kriege allmählich ein Ausgleich eintreten wird, der eine Herabsetzung der Preise für manche Waren bewirkt, scheint nicht unbegründet, man darf jedoch diese Hoffnung nicht zu hoch spannen. Die Verteuerung der Waren ist eine internationale Erscheinung. Das Geld ist im Werte gesunken, und der hohe Preisstand der Waren dürfte sich im großen und ganzen dauernd erhalten.

Für die Arbeiterchaft bedeutet diese Tatsache die Notwendigkeit, mit aller Energie für eine Erhöhung der Löhne einzutreten. Auf diesem Wege ist es unserm Deutschen Holzarbeiter-Verband gelungen, sehr wesentliche Fortschritte zu erzielen. Die errungenen Lohn- und Teuerungszulagen erscheinen aber nur hoch, im Vergleich zu den Verbesserungen, die wir früher bei einem Ansturm zu erringen gewohnt waren. Verglichen mit der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, sind die erzielten Lohnerhöhungen sehr bescheiden. Das Verhältnis zwischen Lohn und Kosten der Lebenshaltung ist ungünstiger geworden, und das noch immer anhaltende Steigen der Warenpreise beraubt uns sehr schnell des Vorteils, den uns die errungene Lohnerhöhung gebracht hat. Die notwendige Folge ist das immer lebhafter werdende Verlangen der Kollegen nach neuen Lohnerhöhungen. Dieses Verlangen ist begründet und berechtigt; wir müssen es mit dem erforderlichen Nachdruck verfolgen, und wir werden ihm auch zur Anerkennung verhelfen.

Die Entwertung des Geldes kann aber auch nicht ohne Einfluß auf die inneren Einrichtungen unseres Verbandes bleiben. Unser Verband hat ein wohlausgebautes Unterstützungswesen. Er zahlt an die Mitglieder unter bestimmten Voraussetzungen Streik- und Gemafregelunterstützung, Reise-, Arbeitslosen-, Krankenunterstützung usw. Die Höhe dieser Unterstützungen sind im Statut festgelegt und im Einzelfall, den Rahmenverhältnissen entsprechend, recht bescheiden normiert. Sie gewähren in Friedenszeiten den Unterstützten nur ein sehr knappes Existenzminimum. In vielen Orten besteht deshalb auch die Einrichtung, daß in gewissen Fällen aus lokalen Mitteln ein Zuschuß zu der vom Verband gewährten Unterstützung gezahlt wird. Aber auch unter Einrechnung dieses Lokalschlags bleibt die Gesamtunterstützung in der Regel sehr weit unter dem in Frieden üblichen Lohn.

Während des Krieges sind die Löhne gestiegen, die Verbandunterstützungen jedoch auf ihrem alten Stand geblieben. Ihre Geringfügigkeit tritt dadurch um so drastischer in Erscheinung. Das wird von den Kollegen, die gezwungen sind, die Unterstützung in Anspruch zu nehmen, sehr bitter empfunden. Manche Klage ist schon laut geworden. Daß der Ruf nach Erhöhung der Verbandunterstützungen sich noch nicht deutlicher hervorgewagt hat, dürfte hauptsächlich daraus zurückzuführen sein, daß das Unterstützungsbedürfnis an sich zurzeit viel geringer ist als zu normalen Zeiträumen. Die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder ist auf einen ganz geringen Grad zurückgedrängt. Die Streiks haben zwar auch während des Krieges nicht völlig aufgehört, sie erfordern aber nur verhältnismäßig bescheidene Kosten. Es ist somit nur ein recht kleiner Teil der Kollegen, der die Unterstützungen in Anspruch nimmt. Nach Lage der Dinge ist auch der einzelne meist nur kurze Zeit unterstützungsbedürftig, so daß die Geringfügigkeit des Unterstützungsbedarfes weniger schwer empfunden wird.

Nach Beendigung des Krieges werden sich aber diese Verhältnisse ändern. Es ist kaum anzunehmen, daß sie dann besser sein werden als vor dem Kriege. In der Uebergangszeit werden außergewöhnliche Zustände herrschen. Die Entlassung der Soldaten wird ein starkes Angebot von Arbeitskräften bringen, für die es zunächst an ausreichender Beschäftigung fehlen wird infolge des Mangels an Rohstoffen und an Aufträgen. Diese Uebergangszeit wird früher oder später überwunden werden. Ob dann die vielen Lücken, die der Krieg in die Reihen der Arbeitsfähigen gerissen hat, dazu führen werden, daß die Arbeitslosenziffer niedrig bleibt, wird wesentlich von der Gestaltung des Geschäftsganges abhängen. Dabei spielen aber so viele Momente mit, daß man sich heute darüber schwerlich ein Urteil bilden kann. Immerhin ist die Annahme berechtigt, daß die Zahl nicht nur der Arbeitslosen, sondern auch der sonst zu unterstützenden Verbandsmitglieder viel größer sein wird als jetzt. So hat die Zahl der Lohnbewegungen und deren Kosten schon im Jahre 1916 ein nicht unerhebliche Steigerung gegenüber dem Jahre 1915 erfahren. Es ist leicht vorzusagen, daß wir nach dem Kriege wieder eine höhere Lohnbewegung bekommen werden. Dem unser Verband sich auch bemüht, anlaufende Differenzen friedlich zu klären, so darf man doch sicher damit rechnen, daß das

Bedürfnis nach Streikunterstützung nach dem Kriege eine starke Steigerung erfahren wird.

Wenn sich die Unterstützungsfälle vermehren, dann wird sich auch das Verlangen nach einer angemessenen Erhöhung der Unterstützungssätze sehr laut äußern. Unseres Erachtens sollten wir diese Forderungen nicht abwarten, sondern rechtzeitig Maßnahmen treffen, um ein zweifellos vorhandenes Bedürfnis zu befriedigen. Die Sätze der vom Verband gewährten Unterstützungen müssen eine dem heutigen Geldwert entsprechende Erhöhung erfahren. Dieses Verlangen wird wohl nirgends im Verband Widerspruch finden. Die Frage ist nur, in welcher Weise es zu befriedigen ist.

Die wichtigste Einnahme des Verbandes, auf die wir allein die Finanzpolitik unseres Verbandes stützen können, sind die Beiträge der Mitglieder. Die Ausgaben des Verbandes müssen in einem richtigen Verhältnis zu den Einnahmen an Beiträgen stehen. Es ist aber nicht zulässig, die Ausgaben so zu bemessen, daß sie durch die Einnahmen nur notdürftig gedeckt werden. Eine vorsichtige Finanzpolitik muß darauf abzielen, in normalen Zeiten Ueberschüsse zu erzielen und einen Reservefonds anzusammeln, damit die notwendige Deckung vorhanden ist, wenn ein außerordentlicher Bedarf eintritt. Hierbei kommt weiter unsere Eigenschaft als eine Kampforganisation in Betracht. Nicht nur der Umstand, daß wir plötzlich in Kämpfe verwickelt werden können, durch welche die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes auf das höchste angespannt wird, wichtiger noch ist es, daß der Besitz eines Reservefonds uns für alle Fälle eine gewisse Sicherheit gewährt. Kampforganisation sein heißt nicht, den Kampf als Zweck des Verbandes betrachten. Der Zweck ist und bleibt die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Berufangehörigen. Wenn wir diesen Zweck erreichen können ohne große Opfer, dann ziehen wir das natürlich vor. Je größer der Verbandschaft, desto berechtigter die Erwartung, daß die Unternehmer unseren Wünschen entgegenkommen, ohne es auf die Kraftprobe ankommen zu lassen.

Unsere Verbandskasse verfügte am Schluß des Jahres 1908 über einen Bestand von 1 907 637 M. In den folgenden Jahren wurden Ueberschüsse in sehr stark wechselnder Höhe gemacht. Im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 betrug die Mehreinnahme der Verbandskasse jährlich fast 2 Millionen. Dadurch erhöhte sich der Bestand der Verbandskasse Ende 1913 auf 5 209 984 M. Aber dann kam der starke Kassensturz des Jahres 1914, der in diesem Jahre eine Mehrausgabe von 1 417 199 M. verursachte. Gäßen wir nicht die Mehreinnahmen aus den vorangegangenen Jahren gehabt, dann wäre die Verbandskasse damals völlig geleert worden. Sie ist auch durch die Mehreinnahmen der beiden folgenden Jahre noch nicht wieder zu ihrer früheren Höhe aufgefüllt worden. Durch diese Zahlen soll dargetan werden, daß es nicht möglich ist, bei den gegenwärtigen Beiträgen höhere Unterstützung zu zahlen. Sollen die Unterstützungssätze erhöht werden, dann ist auch eine Erhöhung des Beitrages notwendig.

Ist eine Beitragserhöhung möglich? Wir glauben diese Frage unbedenklich bejahen zu können. Man kann die Beitragshöhe in gewisser Beziehung zu der Lohnhöhe bringen. Die Löhne sind aber trotz ihrer Unzulänglichkeit doch so gestiegen, daß die Beiträge eine Erhöhung verlangen, ohne daß das Verhältnis zwischen Lohn und Verbandsbeitrag, wie es vor dem Kriege bestand, eine neuartige Veränderung erfährt. Die Erhöhung des Verbandsbeitrages ist freilich eine Angelegenheit, über die nicht im Handumdrehen beschlossen werden kann. Es gibt mancherlei Gesichtspunkte, die hierbei berücksichtigt werden müssen. Hierzu möchten wir die Abneigung gegen hohe Beiträge, die bei manchen Kollegen vorhanden sein dürfte, nicht zählen. Das sind sicher so geringe Ausnahmen, daß sie eine besondere Berücksichtigung nicht erfordern. Aber die Frage über das Maß der Beitragserhöhung muß gründlich erwogen werden. Der Verbandstag in München 1910 hat die Einführung von Staffelleistungen, dem Vorschlag des Verbandsvorstandes entsprechend, abgelehnt. Ob dieser Standpunkt nach der Veränderung, die der Krieg gebracht hat, noch aufrechtzuerhalten ist, darf wenigstens einer Nachprüfung unterzogen werden. Manche Gründe sprechen dafür, die Erhöhung der Unterstützungen und natürlich auch die Erhöhung der Beiträge möglichst bald eintreten zu lassen, andererseits gilt es zu bedenken, ob man sich durchgreifende Veränderungen der Verbandsseinrichtungen vornehmen soll, während der größte Teil der Mitglieder im Felde steht. Und so gibt es noch manche Frage zu erledigen.

Bestimmte Vorschläge nach der einen oder der anderen Richtung wollen wir nicht machen. Wir halten eine Erhöhung der Unterstützungssätze für notwendig und treten deshalb für eine Erhöhung des Beitrages ein. Es genügt uns für heute, diesen Gedanken zur Diskussion gestellt zu haben, wobei wir mitteilen können, daß die hier behandelten Fragen in unserem Verbandsvorstand schon seit längerer Zeit geprüft und beraten wurden. Besonders möchte ich an diese Anregung eine Aussprache der Verbandsmitglieder, welche die notwendige Klärung der Zweifelsfragen bringe.

Die Unfallversicherung im Jahre 1915.

In den „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ wurden vor kurzem die Nachweise der Versicherungsträger unserer Sozialversicherung für das Jahr 1915 veröffentlicht. Aus den Berichten über die Unfallversicherung ist zu entnehmen, daß die beträchtliche Verminderung der Zahl der beschäftigten Arbeiter auch zu einer Verminderung der Zahl der Unfälle geführt hat. Immerhin wurden im Jahre 1915 im Gesamtbereich der Unfallversicherung 592 504 Unfälle gemeldet, gegen 704 973 im Jahre 1914 und 789 373 im Jahre 1913. Erstmals entschädigt wurden 96 227 Unfälle (im Jahre 1914 124 086, 1913 139 633). Durch Unfall getötet wurden 8969 Personen (1914 9401, 1913 10 293). In 644 Fällen führte der Unfall zur dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit des Betroffenen. Die absolute Zahl der Unfälle ist demnach erheblich zurückgegangen, aber kaum in dem gleichen Maße wie die Zahl der versicherten Arbeiter. Deren Gesamtzahl läßt sich jedoch nicht genau feststellen, da in der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eine Zählung der Arbeiter nicht stattfindet. Man rechnet hier mit 17 403 000 versicherten Personen, eine Zahl, die durch Schätzung auf Grund der Betriebsstatistik im Jahre 1907 gewonnen wurde und in der Unfallstatistik seither unverändert weitergeführt wird.

Die Zahlenangaben der gewerblichen Unfallversicherung beruhen hingegen auf regelmäßigen Erhebungen. Nach diesen umfaßten die 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1913 10 630 437, im Jahre 1914 9 451 618, im Jahre 1915 aber nur 7 547 338 versicherte Personen. Für je 200 geleistete Arbeitstage wird ein Vollarbeiter gerechnet. Die so berechnete Zahl der Vollarbeiter ging von 9 476 233 im Jahre 1913 auf 8 274 900 im Jahre 1914 und 6 692 104 im Jahre 1915 zurück.

Die Berufsgenossenschaften machen zum Zwecke der Beitragsberechnung regelmäßige Erhebungen über die Löhne. Diese Angaben sind zwar nicht ohne weiteres zu einer Lohnstatistik zu benutzen, aber sie geben doch einen Anhalt für die ungefähre Lohnhöhe, und sie lassen die Lohnschwankungen erkennen. In den gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug der tatsächlich verdiente Lohn, auf den Kopf des Vollarbeiters berechnet, im Jahre 1913 1215 M., er ging im Jahre 1914 auf 1197 M. zurück und stieg im Jahre 1915 auf 1260 M. Dieser Durchschnittsbetrag erfährt natürlich in den einzelnen Berufsgenossenschaften erhebliche Abweichungen. In der Holzindustrie in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften ergeben sich folgende Zahlen:

Berufsgenossenschaften	1913		1914		1915	
	Vollarbeiter	Durchschnittl. Jahresarbeitsverdienst	Vollarbeiter	Durchschnittl. Jahresarbeitsverdienst	Vollarbeiter	Durchschnittl. Jahresarbeitsverdienst
Sächsische Holz-B.-G.	42 411	1069	32 371	1053	22 521	1012
Nordd. Holz-B.-G.	301 630	1038	240 592	1035	160 176	1117
Bayer. Holzind.-B.-G.	52 466	1065	40 692	1094	29 663	1088
Südwestd. Holz-B.-G.	54 816	1101	41 390	1125	26 140	1092
B.-G. der Musikinstr.	35 556	1359	26 169	1380	11 738	1375

Hieraus hat sich die Zahl der Arbeiter in der Holzindustrie während des Krieges weit über den Durchschnitt vermindert. Abgesehen von der Musikinstrumentenindustrie, bleibt auch der Arbeitsverdienst der Holzarbeiter unter dem Durchschnitt aller Arbeiter. Die Lohnschwankungen sind nicht sehr bedeutend. In der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft und in der Bayerischen Holzindustrie-Berufsgenossenschaft war der Durchschnittsverdienst im Jahre 1915 höher als vor dem Kriege. In der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft trat nach einer Steigerung im Jahre 1914 im Jahre 1915 wieder eine erhebliche Senkung des Lohnniveaus ein. In der Sächsischen Holzberufsgenossenschaft und in der Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie hat sich das Lohnniveau fortgesetzt gesenkt.

In dem Bereich der 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1915 427 994 Unfälle gemeldet, gegen 514 973 im Jahre 1914 und 581 211 im Jahre 1913. Dieser Rückgang ist eher nur scheinbar; auf 1000 Vollarbeiter kamen nämlich im Jahre 1913 61,33 Unfälle, im Jahre 1914 62,23 und im Jahre 1915 63,96. Die Unfallhäufigkeit ist also während des Krieges fortgesetzt gestiegen. Dieses Bild ändert sich allerdings, wenn man nur die entschädigten Unfälle in Betracht zieht. Auf 1000 Vollarbeiter kamen erstmalig entschädigte Unfälle im Jahre 1913 7,91, im Jahre 1914 8,05 und im Jahre 1915 7,49. Bei dem Vergleich dieser Zahlen darf man aber nicht außer acht lassen, daß es sich oft von dem größeren oder geringeren Wohlwollen der berufsgenossenschaftlichen Organe abhängt, ob ein Unfall als entschädigungspflichtig anerkannt wird oder nicht. Dieser Gesichtspunkt drängt sich bei der Betrachtung der Unfallstatistik zwingend auf, wenn man die Kurve der tödlichen Unfälle verfolgt. Bei einem Unfall den Tod des Beschlenen verursachend, dem Lohn aus der gewerblichen Berufsgenossenschaft keine Entschädigung folgt. Die Zahl der tödlichen Unfälle ist in den letzten drei Jahren stark gestiegen. Auf 1000 Vollarbeiter

Kamen im Jahre 1913 0,60, im Jahre 1914 0,72 und 1915 0,84 tödliche Unfälle.

Die verstärkte Heranziehung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte läßt die Steigerung der Unfallhäufigkeit begreiflich erscheinen. Zu verwundern ist es nur, daß die Zahl der Unfälle nicht noch größer ist. In welchem Maße geübte Arbeiter durch minder geübte und durch Frauen und Jugendliche ersetzt wurden, ist aus der Unfallstatistik nicht ersichtlich, weil in der Zahl der beschäftigten Arbeiter nicht nach Alter und Geschlecht unterschieden wird. Diese Unterscheidung wird nur hinsichtlich der entschädigungspflichtigen Unfälle gemacht. Einen entschädigungspflichtigen Unfall erlitten:

Jahr	Erwachsene		Jugendliche unter 16 Jahren	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1913	60 180	2 947	2 650	301
1914	61 315	2 727	2 365	273
1915	44 127	3 098	2 663	231

Auffällig ist die im Jahre 1915 eingetretene Steigerung der Zahl der verletzten Frauen und jugendlichen Arbeiter. Leider muß damit gerechnet werden, daß die Statistik für das Jahr 1916 eine weitere Steigerung dieser Ziffern bringt.

Ueber die Unfallhäufigkeit in der Holzindustrie unterrichtet die folgende Zusammenstellung:

Berufsgenossenschaften	Gemeinliche Unfälle auf 1000 Bollarbeiter			Entschädigte Unfälle auf 1000 Bollarbeiter		
	1913	1914	1915	1913	1914	1915
Sächsische Holz-B.-G.	40,93	43,93	47,78	9,38	9,24	9,72
Preuss. Holz-B.-G.	53,66	57,76	63,22	9,00	10,06	10,06
Bayer. Holzind.-B.-G.	47,55	52,93	61,79	11,80	12,78	11,50
Südwestd. Holz-B.-G.	51,26	58,17	58,95	12,19	15,64	15,19
B.-G. der Musikinstr.-Industrie	33,38	39,53	47,12	5,33	7,22	6,69

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist in diesen drei Jahren in allen in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften fortgesetzt gestiegen, zum Teil sogar recht erheblich. Bei den entschädigten Unfällen tritt diese Tendenz nicht so deutlich in Erscheinung. Beachtenswert ist aber die Tatsache, daß die durchschnittliche Unfallhäufigkeit in allen Berufsgenossenschaften mit 7,48 entschädigten Unfällen auf 1000 Bollarbeiter in der Holzindustrie erheblich überschritten wird.

Die Berufsgenossenschaften prahlen gern mit den gewaltigen Summen, die sie als Entschädigung an Verletzte usw. auszahlen. Auch im Jahre 1915 ist wiederum an Entschädigungsbeträgen im gesamten Bereich der reichsgesetzlichen Unfallversicherung die Riesensumme von 173 465 767,92 Mk. ausgezahlt worden. Dieser Betrag erscheint aber viel weniger imponierend, wenn man zuseht, was auf den einzelnen Empfänger kommt. Der größte Ausgabenposten in den Rechnungsabzählungen der Berufsgenossenschaften sind die Renten an Verletzte. Die 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften haben für diesen Zweck 82 700 987 Mk. aufgewendet. Diese Summe verteilt sich jedoch auf 421 273 Empfänger. Der durchschnittliche Jahresbetrag einer Unfallrente beträgt somit nur 196,31 Mk. In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sind die Renten noch viel geringer; hier erhielten im Jahre 1915 367 593 Verletzte eine durchschnittliche Jahresrente von nur 73,09 Mk. Sehr übel sind auch die Witwen der durch Unfall Getöteten daran. Im Jahre 1915 wurde von den gewerblichen Berufsgenossenschaften an 61 280 Witwen eine durchschnittliche Jahresrente von 217,98 Mk. gezahlt. Für 29 028 Witwen getöteter landwirtschaftlicher Arbeiter betrug die durchschnittliche Jahresrente gar nur 100,16 Mk.

Uebrigens sind auch die Renten, die aus der Invaliditäts- und Altersversicherung gewährt werden, sehr bescheiden. Bei den auf Grund dieses Gesetzes im Jahre 1915 erstmalig bewilligten Renten betrug der durchschnittliche Jahresbetrag einer Invalidenrente 202,20 Mk., einer Krankenrente 204,56 Mk., einer Altersrente 170,19 Mk., einer Witwenrente 80,35 Mk., einer Witwenrente für einen Baifenkamm, d. h. aller Baifen aus einer Familie, 73,53 Mk.

Bei aller Anerkennung des Grundgedankens unserer Sozialversicherung wird man zugeben müssen, daß ihre Leistungen im Einzelfall noch sehr unzulänglich sind. Das wird jetzt, wo die Kosten der Lebenshaltung eine früher nie gekannte Höhe erreicht haben, besonders schmerzhaft empfunden. Es wäre dringend zu wünschen, daß sich die gesetzlichen Körperschaften der Lage dieser Arbeiter, die auf die Leistungen unserer Sozialversicherung angewiesen sind, eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung der Unfall-, sowie der Invaliden- und Altersrenten in dringender Notwendigkeit.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

In der kurzen Tagungsperiode vor Pfingsten hat der Reichstag in der Hauptsache nur die Etatsberatung zu Ende geführt. Neben der Arbeit im Plenum war aber eine große Anzahl von Kommissionen in fleißiger Tätigkeit. Bei der Fülle des wichtigen Stoffes, der zur Verhandlung kam, kann aber die Berichterstattung an die Öffentlichkeit zu kurz, so daß es schwer ist, sich ein zutreffendes Bild von der geleisteten Arbeit zu machen. Das größte Interesse wendete sich den Arbeiten des Verfassungsausschusses zu. Ob aus diesen Ausschuss wirklich etwas Besseres für das deutsche Volk herauskommen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht beurteilen. Bis jetzt hat sich der Verfassungsausschuss nur mit verhältnismäßig minder wichtigen Fragen beschäftigt. Hierbei zeigte sich, daß es nicht nur die in hoffnungsloser Minderheit befindlichen Konservativen sind, die sich der Fortentwicklung des Verfassungsdiskurses entgegenstellen, auch die Vertreter der Regierung zögen an dem gleichen Strang. Bei Beginn der Beratung des Verfassungsausschusses hat der Vertreter des Reichstages erklärt, daß sich der Bundesrat gegenüber den Beschlüssen des Ausschusses und des Reichstages die volle Freiheit der Entschädigung trachte. Diese Erklärung enthält an sich nichts Auffälliges, aber es wird sich emp-

fehlen, die Hoffnungen nicht zu hoch zu spannen. Nach dem bisherigen Lauf der Verhandlungen steht zu erwarten, daß die Mittelparteien eine Mehrheit bilden, die dem Drang nach Erweiterung der Volksrechte Zügel anlegen; ob aber auch nur der bescheidene Fortschritt, den sie anstreben, die Zustimmung der Regierung finden wird, ist vorerst noch recht zweifelhaft.

Bei der zweiten Lesung des Etats verwendete der Reichstag mehrere Sitzungen auf die Beratung des Militär-etats. Einleitend hielt der Kriegsminister n. Stein eine Rede, in welcher er sich sehr entschieden gegen Soldatenmishandlung aussprach, gegen die er rücksichtslos vorgehen wolle. Die Strafe des Anbindens, die in der österreichischen Armee abgepflegt ist, in der deutschen aber noch existiert, nannte der Kriegsminister einen Schandfleck der Armee, für dessen Beseitigung er eintreten will. In seiner Rede hatte der Kriegsminister neben diesen noch einige andere Fragen, die berechtigter Anlaß zu Beschwerden bieten, vorweggenommen, er konnte aber nicht verhindern, daß aus den Reihen der Abgeordneten, bei aller Zurückhaltung, die sie sich auferlegten, eine große Reihe von Mängeln zur Sprache gebracht wurde. Unter anderem wurde der Erlaß des Generals Gröner an die Munitionsarbeiter einer scharfen Kritik unterzogen, viel deutlicher war aber das Urteil, welches die sozialdemokratischen Vertreter vorher in der Kommission über diese Entgleisung des Chefs des Kriegsamts gefällt haben. In diesem Zusammenhang war auch kritisiert worden, daß gegen die Zurückhaltung der Lebensmittel durch die Landwirte und gegen die Lebensmittelmischer nicht mit der gleichen Strenge vorgegangen wird wie gegen die streikenden Munitionsarbeiter. Hierzu bemerkte General Gröner hinsichtlich der Lebensmittelmischer, er habe immer gesagt, daß es nicht besser werde, ehe nicht einige dieser Schandhuben am Potsdamer Platz aufgehängt werden. Wir möchten hoffen, daß es vorher gelingt, des Wuchers Herr zu werden, denn die Drohung mit dem Aufhängen wird, so gut sie auch gemeint war, die Wucherer wenig schrecken.

Die Freigebigkeit, mit welcher das Eisene Kreuz, welches als Zeichen besonderer Tapferkeit gelten sollte, verliehen wird, hat diese Auszeichnung völlig entwertet. Es will viel sagen, daß selbst rechtsstehende Abgeordnete darüber Klage führten, daß das Eisene Kreuz in Massen an Leute kommt, die nie im Feuer waren. Daß es mit der Ordensverleihung mitunter sonderbar zugeht, war auch uns bekannt, die Aussprache im Reichstag beweist aber, daß die Dinge viel ärger sind, als wir bisher vermuteten. Bei dieser Sachlage werden wir davon absehen, die Namen der mit dem Eisernen Kreuz bedachten Verbandsmitglieder weiterhin in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen.

Bei der Beratung des Marineetats wurden von den sozialdemokratischen Rednern Beschwerden der Arbeiter und Angestellten auf den Werften zur Sprache gebracht. Der Bedeutung der Ernährungsfragen für das deutsche Volk entspricht es, daß der Reichstag auf diesen Gegenstand, trotz der Eile, der er sich befleißigte, drei Sitzungstage verwendete. Viel Neues ist in der Debatte nicht zutage getreten. Besser wäre es, wenn auf diesem Gebiet mehr gehandelt und weniger gesprochen würde. In einem losen Zusammenhang mit dem Ernährungsproblem steht die Novelle zum Kaligesez. Der Reichstag stimmte einer Erhöhung der Kalipreise zu und beschloß zugleich, daß den Arbeitern der Kaliwerke Teuerungszulagen zu gewähren sind.

Die dritte Lesung des Etats zeitigte wieder eine Debatte über Belagerungszustand und Zensur. Das starre Festhalten der Regierung an der Einengung der persönlichen Freiheit der Staatsbürger und die Uebergriffe, welche sich die Stellen vielfach zuschulden kommen lassen, denen so weitgehende Machtbefugnisse eingeräumt sind, sorgen dafür, daß für die Besprechung dieser Kapitel immer reichlich Stoff vorhanden ist.

Mit Spannung hatte man einer Rede des Reichstagslanglers über die Kriegsziele entgegengesehen. Am 15. Mai beantwortete Bethmann Hollweg die von den Konfessionen und den Sozialdemokraten eingebrachten Interpellationen über diesen Gegenstand, und er hat es verstanden, einer klaren Stellungnahme wiederum aus dem Wege zu gehen. Seit Monaten arbeiten die Annapolitiker, die ihren Anhang bei den Konservativen und den Schwerindustriellen haben, auf den Sturz des Reichstagslanglers. Ihren Wünschen ist aber Bethmann Hollweg auch jetzt noch nicht entgegengekommen. Ebenso wenig will er sich aber auch auf den Boden der sozialdemokratischen Forderung eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen stellen. Aus den Aeußerungen des Reichstagslanglers über Rußland kann man schließen, daß er mit einem Frieden gegen Osten auf solcher Grundlage einverstanden ist. Angesichts der von England und Frankreich verkündeten Eroberungsziele lehnt er es aber ab, sich auf irgendeine Formel für den Frieden nach Westen festzulegen. Für seine Haltung kann sich der Reichstagslangler auf die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages berufen. Für die Mittelparteien, nämlich das Zentrum, die Fortschrittler, die Nationalliberalen und die Mehrheit der Deutschen Fraktion gab der Abgeordnete Spahn eine Erklärung ab, in der es heißt: „Uns genügt es, wenn die Reichsleitung weder mikroscopische Eroberungspläne verfolgt noch auf den Gedanken eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsentchädigungen sich festlegt.“ Die Reichstagsverhandlungen vom 15. Mai bedeuten keine Förderung des Friedenswerkes, aber die auf die Herbeiführung des Friedens gerichteten Bestrebungen sind durch sie auch nicht gehindert worden. Als einen Gewinn kann man es im höchsten Maße buchen, daß sie die Vereinsamung der wilden Kriegshetze und Annapolitiker gezeigt haben.

In der letzten Sitzung dieses Tagungsabschnittes kam es zu einem bemerkenswerten Zusammenstoß mit dem Kriegsminister, der, wohl etwas unbedacht, Bemerkungen fallen ließ, die erkennen lassen, wie unangenehm in gewissen Kreisen die Tätigkeit des Verfassungsausschusses empfunden wird. Die Absicht, die sich der Kriegsminister hatte, dürfte beruhigend auf ihn wirken, aber für das Gelingen des Verfassungswerkes war diese Episode nicht gerade von verhelfungsreicher Bedeutung.

In der Schlußabstimmung wurde der Etat gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen. Die alte sozialdemokratische Fraktion gab eine Erklärung ab, in welcher zur Begründung ihrer Abstimmung besonders auf die, die breiten Volksschichten schwer belastenden neuen Steuern, auf die Mängel der Ernährungs politik und auf die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes und der Zensur hingewiesen wird. — Der Reichstag vertagte sich hierauf bis zum 5. Juli.

Praktische Handwerksförderung.

Zu den ersten Kriegsmonaten hatten die Handwerke sehr berechtigte Klagen zu erheben über ungenügende Berücksichtigung bei der Vergebung von Aufträgen für den Heeresbedarf. Damals flossen gewaltige Summen in die Taschen von Agenten und sonstigen Parasiten, denen es gelang, Aufträge zu ergattern. Diese Elemente schöpften den Rahm ab, und den Handwerkern, welche die Aufträge schließlich ausführten, blieb nur ein ganz unzureichender Kuchen. Im Laufe der Zeit haben sich die Verhältnisse allmählich gebessert. Zunächst hat sich der Handwerks- und Gewerbetag die Vermittlung von Heeresaufträgen angeeignet lassen. Später hat sich für den Bereich der preussischen Heeresverwaltung eine „Hauptstelle für gemeinschaftliche Handwerkslieferungen“ gebildet, die in naher Beziehung zu den Handwerkskammern steht, aber aus geschlichen Gründen, weil den Handwerkskammern eine eigene wirtschaftliche Betätigung nicht gestattet ist, selbständig als Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert ist. Als Vorsitzender des Vorstandes der Hauptstelle fungiert Obermeister Kahardt.

Die Hauptstelle, die ihre Tätigkeit am 1. Juli 1916 aufgenommen hat, beschränkt sich nicht darauf, den Handwerkern Aufträge der Heeresverwaltung zuzuführen, sehr häufig mußte sie auch die Rohstoffe und Halbfabrikate vermitteln, um die Herstellung der Arbeiten zu ermöglichen. Welchen Umfang die Arbeit der Hauptstelle angenommen hat, kann man daraus ersehen, daß sie bis Mitte März bereits für 104 492 205 Mk. Aufträge vermittelt hat. Davon entfallen allein 18 615 797 Mk. auf die Abteilung Holz- und Korbwaren, abgesehen von der Beteiligung der Holzindustrie an den Aufträgen in der Abteilung für Fahrzeuge aller Art und deren Beschlagteile, auf welche Aufträge im Werte von 30 858 380 Mk. entfallen. Diese Tätigkeit der Hauptstelle verdient volle Anerkennung. Wenn sie auch in erster Linie den Handwerksmeistern zugute kommt, so gerät sie doch indirekt auch den Arbeitern zum Vorteil. Die Hauptstelle kann in höherem Maße als der einzelne Handwerker die Preise beeinflussen. Durch die Ausschaltung der Agenten, durch den gemeinsamen Bezug von Halbfabrikaten, wie Beschlägen usw., werden Ersparnisse gemacht, die es den Handwerkern ermöglichen, auch ihren Arbeitern angemessene Löhne zu zahlen. Deshalb darf der Hauptstelle auch vom Standpunkt des Arbeiters aus Anerkennung gezollt werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 21. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Unter den Wirkungen des Krieges ist es der Zahlstelle Hamburg nicht mehr möglich gewesen, die Zentralkommission der Musikinstrumentenarbeiter am Orte aufrechtzuerhalten. Der Vorstand war daher genötigt, den Sitz der Zentralkommission vorläufig nach Leipzig zu verlegen. Die Leipziger Sektion der Musikinstrumentenarbeiter hat am 17. Mai die Wahl der Zentralkommission vorgenommen. Vorsitzender ist Kollege D. Hermann, Leipzig-Connewitz, Bornaische Straße 9.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Mai ist spätestens bis zum 2. Juni einzuweisen. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle versäumt werden. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monats-schluß ein. (Die Karten sind mit 7½-Pfennigmarken zu frankieren.)

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 93156 Johann Schaab, Tschl., geb. 2. 7. 82 zu Seltgenstadt.
- 491597 Bernh. Aug. Trumpf, Tschl., 13. 2. 71 zu Tübingen.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorsitzende.

Korrespondenzen.

Barmen-Eibfeld. Der Beratungsgegenstand der letzten Mitgliederversammlung am 12. Mai: „Stellungnahme zu einer nochmaligen Teuerungszulage“, war aus den Zeitverhältnissen geboren. Von allen Kollegen wurde zum Ausdruck gebracht, daß es an der Zeit sei, an die Arbeitgeber wegen einer weiteren Teuerungszulage heranzutreten, da seit der Teuerungszulage im Vorjahre sich die Kosten der Lebenshaltung wesentlich gesteigert haben. Der Verdienst reicht nicht aus, die geringen Lebensmittelrationen zu beschaffen, an die sonstigen notwendigen Aufwendungen sei gar nicht zu denken. Die Teuerungszulage vom vorigen Jahr sei, an den Preiserhöhungen der Lebensmittel und Bedarfsartikel gemessen, zu gering gewesen und überholt. Die Lebensmittelrationen sind auf die Kriegslöhne der Facharbeiter der Rüstungsindustrie aufgebaut, an die die Löhne der Holzarbeiter nicht heranreichen. Es wurde eine Entschädigung angenommen, welche die Verwaltung beauftragt, unverzüglich an die Arbeitgeber heranzutreten zwecks Erreichung einer 33-prozentigen Teuerungszulage auf die zurzeit gezahlten Stunden- und Akkordlöhne und den Verbandsvorsitzenden zu erlauben, die Forderung tatkräftig zu unterstützen. Ferner wurde noch ein Antrag hinreichend begründet und

Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das zweite Halbjahr 1916.

Table with columns for 'Bericht', 'Einnahme', and 'Ausgabe'. It lists financial data for various regions like Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, etc., including income from dues and expenses for meetings and materials.

Summary table for 'Zusammenfassung' showing totals for the first and second halves of 1916, including membership numbers and financial figures.

Der Abschluß der Gauabrechnungen für das zweite Halbjahr 1916 ergibt eine Gesamtausgabe von 62 822 Mk. Im vorangegangenen Halbjahr waren die Kosten um 4692 Mark und in derselben Berichtsperiode des Vorjahres um 1712 Mk. niedriger.

lagen außerordentlich reger. 754 Untersuchungen bei Lohn-differenzen, 484 Verhandlungen mit Arbeitgeberern haben im Berichtshalbjahr stattgefunden. Damit haben sich die Vergleichszahlen der vorangegangenen Berichte verdoppelt.

Berichtszeit 6779 Mitglieder neu zum Heeresdienst einberufen, so daß, rechnet man die zum Heeresdienst einberufenen nicht als Verlust, durch Neuaufnahmen ein Mitgliederzuwachs von 5717 zu verzeichnen ist.

angenommen, den Vorstand zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Holzarbeiter unter den Begriff „Schwerarbeiter“ fallen.

weiß wohl, daß zurzeit sehr viele Frauen in der Industrie beschäftigt werden, und daß ein großer Teil des Zuganges auf die Metallindustrie entfällt.

Von der Erhebung des Metallarbeiter-Berbandes wurden 1861 Firmen mit 2594 Betrieben in 207 Orten erfasst.

Aus der Holzindustrie.

Sind die Holzarbeiter „Schwerarbeiter“?

Von den Zulagen an Nahrungsmitteln, die den Schwerarbeitern bewilligt werden, sind die Holzarbeiter fast durchgängig ausgeschlossen. Das hat eine begriffliche Mißstimmung erregt.

Die Ergebnislosigkeit der Vorstellungen bei den Gemeindebehörden hat den Vorstand des Verbandes veranlaßt, geeignete Schritte bei den Zentralbehörden zu unternehmen.

Der Gehörsfortschritt von der preussischen Militärverwaltung anerkannt.

Am 15. Mai hat im Kriegsamt zu Berlin eine Sitzung unserer Vorstandsvorsteher mit Vertretern des Kriegsamts, der Feldzeugmeisterei und der Artilleriewerkstatt Spandau stattgefunden.

Gewerkschaftliches.

Die Frauenarbeit in der Metallindustrie.

Der Deutsche Metallarbeiter-Berband veröffentlicht in einer jeden erschienenen Broschüre die Ergebnisse einer von ihm in den Monaten August-September 1916 veranstalteten Erhebung über die Frauenarbeit in der Metallindustrie.

Arbeitslosigkeit im Monat April 1917.

Table showing unemployment statistics for April 1917, categorized by Gau (Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, etc.) and month (April, März, Februar, etc.).

Zus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingelangt: Deis - Finsterwalde, Klosterfelde, Reudamm, Prenzlau, Rogalen, Trebbin, Zehendorf - Großenhain, Großhartmannsdorf - Klingenthal, Neustädtel, Sanktenditz - Apolda, Meiningen, Reichenbach, Merieburg, Mühlhausen - Curgahven - Dornhausen, Stadthagen, Uslar - Gelsenkirchen, Ohligs, Solingen - Böckst, Neuwied, Rumpenheim, Sprendlingen, Wilbel - Cadolzburg, Michelau - Freudenstadt, Troßingen, Wiernsheim.

Table showing comparison of unemployment figures for 1912, 1913, 1914, 1915, and 1917, with a note about the percentage of unemployed members per 100 members.

der Kriegsindustrie und von 11,9 Prozent der Arbeiterinnen in der Friedensindustrie bezeichnet. Für etwa die Hälfte der Arbeiterinnen sind Ausnahmen von den gesetzlichen Schutzbestimmungen zugelassen, es ist aber anzunehmen, daß diese Schutzbestimmungen in viel weiterem Umfange außer Kraft gesetzt sind.

Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen ist sehr unterschiedlich. 10,8 Prozent der Arbeiterinnen arbeiten bis 48 Stunden die Woche, für 8,1 Prozent geht die regelmäßige Arbeitszeit über 60 Stunden hinaus; in einzelnen Fällen bis 76 Stunden und darüber. Die am stärksten vertretene Arbeitszeit mit 37,1 Prozent der Arbeiterinnen ist über 57 bis 60 Stunden. Die Arbeiterinnen arbeiten etwa je zur Hälfte in Zeit- und Stücklohn. Der Verdienst ist in den meisten Fällen bedeutend niedriger als der der Männer. Die Unterschiede sind sehr erheblich. Etwa drei Viertel der Arbeiterinnen verdienen 30 bis 50 Prozent weniger als Männer bei der gleichen Leistung. Stellenweise erhalten die Frauen sogar nur 30 Prozent des Männerlohnes für die gleiche Leistung. Die Wochenverdienste schwanken zwischen 7 und 70 Mk. In der tabellarischen Nachweisung überwiegt bei den Wochenlöhnen die Lohnklasse von 20 bis 24 Mk. ganz bedeutend. Bei Stücklohn sind die Verdienste von 25 bis 30 Mk. und demnächst von 20 bis 25 Mk. am stärksten vertreten.

Wir haben aus der umfangreichen Broschüre nur wenige Zahlen wiedergegeben. Im ganzen handelt es sich um eine wertvolle Arbeit, die aufmerksame Beachtung verdient.

Soziale Rechtspflege.

Schadenersatz wegen Vorenthaltung des Abfeherschins.

Die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes errichteten Schlichtungsausschüsse haben lediglich das Recht, über die Ertei-

lung oder Nichterteilung des Abfeherschins ein Urteil zu fällen. Erhebt ein Arbeiter Anspruch auf Schadenersatz wegen nicht rechtzeitiger Ausstellung des Abfeherschins, dann gehört die Entscheidung über diese Rechtsfrage unbestritten nicht zu den Aufgaben des Schlichtungsausschusses. Streit besteht aber unter den Sachverständigen darüber, ob solche Schadenersatzklagen vor dem Gewerbegericht oder dem Amtsgericht anzubringen sind. Die Archivverwaltung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hat eine Umfrage veranstaltet, um die Stellung der Vorsitzenden der größeren Gewerbegerichte zu dieser Frage zu erforschen. Dabei hat sich die große Mehrheit für die Zuständigkeit des Gewerbegerichts ausgesprochen. Zu der Minderheit, die die Zuständigkeit des ordentlichen Gerichts für gegeben erachtet, gehören u. a. die Vorsitzenden der Gewerbegerichte in Hamburg, Altona, Mainz, Nürnberg, Posen, Straßburg.

In der Zeitschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ wurde kürzlich die Begründung abgedruckt, mit welcher das Hamburger Gewerbegericht eine solche Schadenersatzklage wegen Nichtzuständigkeit abgewiesen hat. Diese Gründe klingen nicht überzeugend. Das Gericht war der Ansicht, daß ähnliche Klagen, die sich auf das Abkommen über den Abfeherschins in der Berliner Metallindustrie gründen, zur Zuständigkeit des Gewerbegerichts gehörten. Dieses Abkommen war einer Tarifvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiterorganisation gleichzuachten, und deshalb war die Erteilung des Abfeherschins als eine Leistung aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis zu betrachten. Der Abfeherschins des Hilfsdienstgesetzes beruht aber nicht auf einer solchen Vereinbarung, und das Hilfsdienstgesetz bezieht sich nicht lediglich auf Arbeiter oder Angestellte, sondern ganz allgemein auf alle männlichen Personen zwischen 17 und 60

Jahren. Es greift also nicht in den gewerblichen Arbeitsvertrag als solchen hinein. Die Erteilung des Abfeherschins ist keine Leistung im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes, deshalb müssen Schadenersatzforderungen auf den ordentlichen Rechtsweg verwiesen werden.

Diese Begründung macht dem juristischen Scharfsinn ihres Autors alle Ehre, sie befriedigt aber nicht das natürliche Rechtsempfinden. Die Gewerbegerichte sollen dem Arbeiter die Möglichkeit bieten, seine Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis schnell und billig verfolgen zu können. Solche gekünstelte Gesetzesauslegungen erwecken leicht den Anschein, als sollte den Arbeitern die Verfolgung ihres Rechtsanspruches erschwert werden. Das ist gewiß nicht die Absicht der fraglichen Gewerbegerichte. Gerade deshalb sollte die Zuständigkeit des Gewerbegerichts nicht künstlich eingeengt werden.

Literarisches.

Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt im Maiheft Abbildungen von Arbeiten des Architekten Hugo Eberhardt. Ein Aufsatz von H. Unger führt in das perspektivische Zeichnen ein. Winkelmüller legt seinen Tischstuhl fort, während H. Flemming über die Technologie der Handwerkszeuge schreibt.

Das Fachblatt für Holzarbeiter kostet vierteljährlich 1,20 Mk. Verbandsmitglieder erhalten es bei Bezug durch die Ortsverwaltungen für 1 Mk.

Die Glode, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Gestorbene Mitglieder.

Friedrich Necker, Modelltischler, gest. in Kassel.
 Johannes Sievers, Tischler, 35 J., gest. in Kiel.
 Karl Schadow, Drechsler, 54 Jahre, gest. in Trebbin.
 Gustav Reichle, gest. in Ulm.
 Georg Kämmerer, Tischler, gest. in Danzig.
 A. Reiff, Maschinenarbeiter, 42 Jahre, gest. in Königsberg (Preußen).
 Friedr. Bogel, Tischler, 46 Jahre, gest. in Königsberg (Preußen).
 Hermann Häppler, Tischler, 42 Jahre, gest. in Jüttau.
 Karl Böhl, Tischler, 79 Jahre, gest. in Lauterberg.
 Franz Diehl, Schreiner, 61 Jahre, gest. in Kaiserslautern.
 Otto Blank, Tischler, 30 Jahre, gest. in Stettin.
 Adolf Moser, Tischler, 62 Jahre, gest. in Forst (Lausitz).
 Oswald Gafsch, Tischler, 58 Jahre, gest. in Meissen.
 Max Hühndorf, Klaviaturarbeiter, 56 Jahre, gest. in Meissen.
 Max Ahlmann, Polierer, 45 Jahre, gest. in Meissen.
 Ehre ihrem Andenken.

Erfahrene Tischler

stellt ein
Kunsttischlerei Hirschwald,
 Weimar, Cranachstraße 28.

Leistenverzierer (Walzer)

oder -verziererin,
Rahmenschreiner,
Grundlermeister,
 und **Polierer**
 zum sofortigen Eintritt gesucht.
 Anton Stümmer, Goldleistenfabrik,
 Rempten (Augsau).

Holzarbeiter

als Maschinenarbeiter, Tischler, Polierer, Stahlbauer usw. stellt jederzeit ein
Bernhard Perl, Hartza (Sachsen).

2 tüchtige Drechsler

für sofort gesucht.
 S. Reiter, Flensburg, Angelburger Straße 6.
 Holzdrechsler für Seereslieferung (Sandgranatenstiele) bei Lohn oder Akkord sofort gesucht.
 E. Anders, elektr. Drechslerlei,
 Lüben (Sachsen).

Drechslergefallen

für Seereslieferungen gesucht.
 Mechanische Holzbearbeitungswerkstätten
 Fr. Scherr,
 Geestemünde, Bülowstraße 4.

20 Korbmacher

auf Gehörkörbe (98er) und 5 Korbmacher auf Reddigrohrkörbe sofort gesucht.
 Max Rappell, Dresden-N.,
 Kölnischer Str. 5.

Korbmacher

gesucht
Zeiser Transportkorbfabrik.

Korbmacher

auf Gehör- und Reiskörbe sowie auf grüne Arbeit sucht bei gutem Material
Reinhold Hoffmann,
 Ulrichstraße (Pölsen),
 Weidenhägerlei.

Mehrere Korbmacher auf 10-cm-Langgranaten.
 Sohn, Bremen, Donaustraße 30.

Korbmacher

auf Ringkörbe für 10-cm-Patronen) und große Minenkörbe sucht
Hoberg, Görlitz,
 Berliner Straße 16.

Korbmacher

auf Ballonkörbe (98er, 1 Mk. Arbeitslohn), bei Lohn oder Akkord sofort gesucht.
 Robert Hertz, Tischlerlei, Dresden.
 GutsMuths-Str. 1.

Tüchtige Korbmacher

auf Mattarbeit gesucht. (Post und Logis vorhanden.)
 Frau W. Döcher,
 Geestebd 93 (Kreis Geestemünde).

Gesucht einige
Korbmacher
 auf Ballon- und Fischkörbe von
 S. Ahlbrunn, Wulsdorf bei Geestemünde,
 Lindenallee 92.

Korbmacher

auf 98er sucht Krause, Berlin, Schillingstr. 17.

Tüchtige Korbmacher

u. angelesene Frauen
 für 98er ganz aus Weide, für Drillingsgestelle und 21-cm-Langgranatenkörbe sucht
Theodor Reimann,
 Dresden-N., Königstraße 3.

Korbmacher

auf Ringkörbe (Patronenkörbe) und 98er verlangt
 Alb. Westphal, Berlin,
 Kommandantenstr. 61.

Korbmacher

auf 98er Munitionskörbe und 15-cm-Langgranaten sucht
Bruno Klingner,
 Radebeul-Dresden,
 Brunnenplatz 5.

Korbmacher

auf 98er Munitionskörbe aus grünen Weiden stellen ein
 Gebr. Better, Köpchenbröde bei Dresden.

Korbmacher

nur auf Seereslieferungen stellen sofort ein
 Calm & Ahlfeld, Bernburg (Saale).

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 12. Mai, bis Freitag, 18. Mai 1917.

A = Im Laufe der Woche befehligte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
 C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Tischler			Möbel-hersteller			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	15	23	23	35	34	26	22	16	28	1	7	11	15	61	196	50	175	
Bremen				1	6		2		1									1
Breslau		2		2	10		4		3					4	16		6	35
Celle																		
Chemnitz		2	1	6			1		1						6		3	25
Eisenburg																		13
Frankfurt																		
Hamburg																		
Hannover				2	10									13	20		15	30
Hersfeld																		
Leipzig		2	1	5	42		5	16	2	4		1		1	2	6	13	67
Lübeck		2		1	21			2										1
Zusammen	18	17	24	35	34	33	23	29	19	8	28	4	1	8	138	67	86	24
Der Bund	21	17	25	40	37	27	17	25	29	12	11	3	6	1	125	75	97	28

Der untere Bericht ist verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsstellen zu benutzen.

Pinselmacher.

Tüchtiger Ringpinselmacher findet Beschäftigung bei
Heinr. Haas, Pinselfabrik,
 Schwelm.

Gesellen

zu sofort gesucht.
 R. Th. Ehrich, Birkenfabrik,
 Kiel, Exerzierplatz 18.

Soeben erscheint in unserem Verlag:

Einheitliche Lohnregelung in den Sägewerken.

Bericht über die Konferenz der Säger in Münden am 25. März 1917 und die Verhandlungen im hannoverschen Kriegsausschuss.
 Die Lohnvereinbarung für das Sägewerbe vom 10. April 1917.
 — 32 Seiten. Preis 1 Mk. —
 Für Verbandsmitglieder 30 Pf.

Verlagsanstalt des
Deutschen Holzarbeiter-Verbandes,
 Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Besenstiele

für Reisbesen taufen
Steinbecker & Co., Kassel.

Werkzeug-Neuheiten.

Preislisten gratis und franko!
Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.

Aus meinem Leben.

Von August Webel.
 7,25 Mk., Geschenk-Mk. 5,50 Mk.
 Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Tischlerfachschule Detmold

wieder eröffnet. Auskunft erteilt
Direktor B. Kolscher.
 Für Kriegsbeschädigte Spezialkurse.

Maschinen-Tischler,

möglichst aus der Möbelbranche, als
Borarbeiter
 für unseren Maschinenaal. Nur tüchtige, durchaus erfahrene Fachleute, militärisch, eventuell kriegsbeschädigte, wollen sich mit Lohnansprüchen und Angaben über bisherige Tätigkeit melden bei
C. W. Stricke Sohn, Holzindustrie,
 Meaburg (Wefer).

Tüchtige Tischler

auf gute eigene Möbel,
 Stunde 1,10 Mark, sucht
Carl Tegmeier, Hamburg,
 Marktstr. 138, Hof 2. Etage.

Tischlergefallen

für Kriegsarbeit, später für alle Arbeiten. Vorgänger war 14 Jahre in der Stellung und ist verstorben. Lebensstellung. Durch Kriegswunde. Post und Wohnung im Hause.
H. G. Meyer,
 Möbelfabrik Eidegen (Hannover).

Tischler

mit besserer handwerklicher Ausbildung gegen Akkord. 36 Wochen, fester arbeitender Gesellen wird ein Stundenlohn von 20 Pf. garantiert. 36 Stunden wöchentliche Arbeitszeit.
Hermann Gülke,
 Karpfenstraße 11, Weidenhägerlei,
 Weidenhägerlei (Pölsen).